

3 Der Fall Hochtief: Unternehmungsaufkäufe in Deutschland und ihre Hintergründe, Teil 3

3.1 Die volkswirtschaftlichen Vorbedingungen des massiven Unternehmungsaufs in Deutschland, Kapitel 1

Von Hermann Patzak

In den beiden vorausgegangenen Kapiteln haben wir: die benachteiligenden rechtlichen Rahmenbedingungen kennen gelernt, die unserer Wirtschaft wie ein Mühlstein um den Hals hängen. Wir verdanken dies den in der Deutschen Regierung sich abwechselnden Parteien und ihrem unfähigen Personal! Oder haben diese Politiker vielleicht gar noch andere Motive für ihr Tun? Danach haben wir einen Einblick in die betriebswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bekommen, unter denen heute Unternehmungsaufkäufe in Deutschland in großem Stil getätigt werden. Nun wollen wir uns den gesamtwirtschaftlichen Vorbedingungen zuwenden, die solche Aufkäufe erst ermöglichen. Wir verdanken sie ebenfalls der Politik.

Unternehmungsaufkäufe hat es zwar schon seit Beginn des Industriezeitalters immer wieder gegeben, doch waren sie eher selten. Erst seit der Etablierung des Globalkapitalismus als Weltwirtschaftsordnung haben sie Ausmaße angenommen, die einem Quantensprung gleichkommen.

Unter dem Namen Mergers & Acquisition (M & A), auf Deutsch: Fusionen und Übernahmen, hat sich ein ganzer Wirtschaftszweig gebildet, in dem die Spezialisten der Finanzindustrie (Investmentbanken) die Unternehmungskäufe initiieren, vorbereiten und abwickeln. Dass auf diese Art und Weise nicht nur ein Unternehmen seine Eigentümer wechselt, sondern bei grenzüberschreitenden Aufkäufen auch das in einer Volkswirtschaft oft in vielen Generationen gebildete Produktivvermögen in ausländische Hände übergeht, findet in den Medien keine Erwähnung. Warum regt sich aus der Heerschar der Lehrstuhlökonomen niemand darüber auf?

Werden diese Aufkäufe, wie seit nunmehr 20 Jahren in Deutschland, im großen Stile vorgenommen, führen sie zur Ausplünderung ganzer Volkswirtschaften. Ausplündern kann man nur reiche Volkswirtschaften. Die deutsche Volkswirtschaft war – trotz der beiden verlorenen Weltkriege – wieder relativ reich geworden. Der großartige Wirtschaftsaufschwung der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg war nicht nur ein Ärgernis für die ehemaligen „Siegermächte“, der Reichtum weckte auch die Begierde des großen, internationalen Kapitals. Wer deutsches Produktivvermögen aufkaufte oder sich zumindest daran beteiligte, konnte an dem Reichtum teilhaben und langfristig die Gewinnströme in die „eigenen Taschen“ umleiten. Beide Triebkräfte des Unternehmungsaufkaufs sind vornehmlich im angloamerikanischen Raum beheimatet!

3.1.1 Die Notwendigkeit einer volkswirtschaftlichen Analyse von Unternehmensaufkäufen

Wenn die Medien und Ökonomen zu den spektakulären Unternehmensaufkäufen Stellung beziehen, dann beschäftigen sie sich nur mit den rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten – und das noch in sehr oberflächlicher Weise – wie wir gezeigt haben. Sie blenden die volkswirtschaftlichen Grundvoraussetzungen, die das heutige weltweite Ausmaß von Unternehmungsaufkäufen erst ermöglichen, vollkommen aus. Welche Motive sie haben, nur die halbe Wahrheit zu sagen, sei dahingestellt. Wir machen diesen

Fehler nicht und werden die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen zur Ausplünderung ganzer Volkswirtschaften, insbesondere der deutschen, analysieren.

Die mentalen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen wurden von langer Hand von der Politik geplant. Dass die USA ein ganz besonderes Interesse an der weltweiten „Ausdehnung“ des Finanzkapitals hatten und deshalb die heutige Struktur der Weltfinanz- und Gütermärkte maßgeblich beeinflussten, braucht an dieser Stelle nicht ausführlich dargelegt zu werden, denn oft genug hat der Hegemon dieser Epoche dies mit seinen offiziellen Proklamationen und Forderungen selbst getan. Die Politik hat auch die geistige Atmosphäre geschaffen, die der rücksichtslosen Anwendung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten (Renditemaximierung) ihre heutige moralische Rechtfertigung verlieh.

3.1.2 Ein erster Überblick

Am Beispiel der Hochtief AG waren wir auf die Tatsache gestoßen, **dass deutsche Unternehmen an der Börse viel zu niedrig bewertet** sind, weshalb sie eine leichte Beute von Unternehmungsaufkäufen werden können. Ebenso hatten wir festgestellt, dass die deutsche Hochtief AG eine **wesentlich höhere Steuerbelastung** als das spanische Bauunternehmen ACS zu tragen hatte: Die Steuerbelastung von Hochtief war rund 6 mal so groß wie die des spanischen Konkurrenten! Doch das sind beileibe nicht die einzigen Ursachen, die den Aufkauf deutschen Produktivvermögens erleichtern bzw. erst ermöglichen. Es bedurfte einer Reihe weiterer Veränderungen an den Stellschrauben der Volks- und Weltwirtschaft:

1. Die Währungen mussten politisch manipulierbar sein, dies geschah durch die Aufhebung der festen Bindung des Dollar an den Goldwert im Jahr 1971. Da der Dollar danach trotzdem die Position als Welthandels- und Weltdevisenreserve behielt, konnten die USA unter dem Regime flexibler Wechselkurse die Geldmenge trotzdem stetig vermehren, ohne dass der Dollar dadurch wesentlich an Wert verlor.
2. In Europa wurde den Nationen von ihren Politikern die Einheitswährung „Euro“ verordnet. Von da an konnten sich die Länder dieses Währungsgebietes hohe und anhaltende Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite leisten. Nicht wenige Länder nutzen dies. Diese Länder hatten auf einmal eine den USA vergleichbare Währungsposition: Ihre anhaltenden Defizite konnten nicht mehr durch Abwertung abgestraft werden, denn für den Werterhalt des Euro sorgten die Leistungsbilanzüberschüsse der Deutschen! Damit ließ sich eine Zeit lang – bis zum Ausbruch der Krise – gut leben, wie die Wachstumsraten dieser Staaten seit Einführung des Euro beweisen.
3. EU und Euro-Union nahmen sich zusätzlich das Recht, mittels direkter EU-Subventionen einen direkten Einkommenstransfer von den Netto-Zahlungsländern zu den Netto-Empfängerländern vorzunehmen. Dies stellt einen indirekten Eingriff in den marktwirtschaftlichen Prozess dar. Ihr ideologisches Motiv war eine Angleichung der Produktivitätsunterschiede der europäischen Volkswirtschaften. Doch diese Angleichung kam nicht zustande, sondern das Gegenteil trat ein, wie sich im Zuge der großen Finanz- und Wirtschaftskrise herausstellte: Die Produktivitätsunterschiede sind heute größer als vor Einführung des Euro!
4. Den Defizitländern erschloss sich eine weitere Geldquelle: Mit der Einführung des Euro verbilligten sich für sie die Kreditzinsen erheblich, weil für die Gläubiger das Abwertungsrisiko infolge der gemeinsamen Euro-Währung wegfiel. Dass sie sich dafür aber das Risiko des Staatsbankrottes einhandelten, sollte sich erst später (im Verlauf der Krise) herausstellen.
5. Die Geldströme aus Subventionszahlungen und Krediten lösten in den begünstigten Ländern eine vorübergehende Scheinblüte aus, deren Wachstumsraten und hohe Renditen weitere Investoren anlockte, die schließlich in einzelnen Branchen – insbe-

sondere im Immobilien- und Bankensektor – inflationäre Spekulationsblasen erzeugte. Auf der anderen Seite, so insbesondere in Deutschland als größtem Nettozahlungsland, wo die Gelder abgezogen wurden, hatte diese EU-Politik die historisch niedrigsten Wachstumsraten nach dem Krieg, steigende Arbeitslosigkeit und ein Absinken der sozialen Standards auf Hartz IV Niveau zur Folge.

Nachdem wir uns in einer Grobskizze einen Einblick in die historische Entwicklung und Funktionsweise globalkapitalistischen Wirtschaftens im Zusammenspiel mit den Dogmen der Politik verschafft haben, können wir uns den geschilderten Abläufen im einzelnen zuwenden.

3.1.3 Die Währung als Schutzwall gegen Unternehmungsaufkäufe

Solange die Deutschen eine eigene Währung hatten, wirkte diese wie ein Schutzwall gegen Unternehmungsaufkäufe aus dem Ausland. Wegen der permanenten Exportüberschüsse stieg der Außenwert der DM (nach Aufgabe der festen Wechselkurse im Jahr 1971) von Jahr zu Jahr kontinuierlich an. Musste man in den 1950iger Jahren für 1 Dollar noch über 4,20 DM bezahlen, so sank der Kurs seit Anfang der 1970iger Jahre kontinuierlich und erreichte den tiefsten Stand im Jahr 1995 mit 1,36 DM je Dollar. Danach stieg er infolge der (zunächst nur rechnerischen Anbindung an den Euro) wieder etwas an¹, weil sich die Einführung des Euro ankündigte und immer näher rückte. Lassen Sie sich durch die sinkende Kurve in der Graphik nicht irritieren, sie zeigt den Niedergang des Dollarkurses im Vergleich zur DM an.



Die offizielle Einführung des Euro erfolgte am 1.01.1999, am Tag zuvor waren die Umrechnungskurse der nationalen Währungen in den Euro festgelegt worden. Für Deutschland betrug er 1,95583 DM für 1 Euro. Seit 2. Januar notierten die europäischen Börsen bereits sämtliche Wertpapiere in Euro und der Wert der Devisen aller Euro-Länder wurde durch das Verhältnis des Dollar- zum Euro-Wert festgelegt². Von da an war die DM fest

¹ Quelle: http://wapedia.mobi/de/Deutsche_Mark?t=3.

² Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Euro#Einf.C3.BChrung_des_Euros_als_Buchgeld.

an den Wert des Euro gebunden und veränderte ihren Wert abhängig vom Wert des Euro. Doch kommen wir zurück zur ökonomischen Bedeutung der stetigen Steigerung des Außenwertes der DM. Er hatte drei wesentliche Auswirkungen:

1. die Exporte verteuerten sich, das heißt die Exportüberschüsse Deutschlands hielten sich in erträglichen Grenzen
2. Importe wurden billiger und
3. Ausländer, die in Deutschland Vermögen erwerben wollten, mussten dafür immer mehr bezahlen.

Die nachfolgende Tabelle vermittelt eine Vorstellung der Größenordnungen, in denen dies geschah:

Jahr	1\$ = DM	1 DM = \$
1968	4,00	0,25
1980	1,80	0,56
1995	1,36	0,74

Im Jahr 1968 musste jeder Deutsche 4 DM hinlegen, um 1 Dollar zu bekommen. Aus der Sicht eines Amerikaners war die DM sehr günstig zu erwerben, er bekam für 0,25 Dollar 1 DM! Bereits 12 Jahre später brauchte der Deutsche nur 1,80 DM für einen Dollar bezahlen, also weniger als die Hälfte. Und im Jahr 1995 war der Wert eines Dollar auf 1,36 DM gesunken. Man kann das Ganze noch anschaulicher anhand der dritten Spalte formulieren. Ein Amerikaner, der in Deutschland Vermögen (ein Unternehmen z.B.) erwerben wollte, musste dafür 1995 fast dreimal so viel bezahlen wie 1968! Die nachstehende kleine Rechnung soll den Sachverhalt verständlich machen:

$$\begin{array}{rcl}
 1 \text{ DM} = \$ \text{ in } 1995 & \longrightarrow & \frac{0,74}{0,25} = 2,94 \\
 1 \text{ DM} = \$ \text{ in } 1968 & \longrightarrow &
 \end{array}$$

Unsere Rechnung berücksichtigt allerdings noch nicht die Tatsache, dass die Vermögenswerte in Deutschland in dem Zeitraum auch noch der normalen Preissteigerung unterlagen und somit für einen US-Amerikaner sicherlich noch mehr als das Dreifache kosteten. Doch kommen wir auf das Wesentliche, worauf es in dieser Analyse ankommt:

3.1.4 Exkurs: Ein Webfehler (von vielen) im Euro-System

Die Wertsteigerung der DM bewahrte deutsche Unternehmen in dieser Zeit vor den Begierlichkeiten ausländischer Aufkäufer (Investoren). Damit war es schlagartig vorbei, nachdem der Euro am 01.01. 1999 offiziell eingeführt worden war! Von da an häuften sich auch sofort die Unternehmungsaufkäufe! Der Wert des Euro wurde zwar auch durch die Stärke der deutschen Wirtschaft beeinflusst, aber von Anfang an unterlag er auch dem Einfluss der notorischen Defizit-Länder Europas! Diese Tatsache fand in der Euro-Diskussion bis heute keine angemessene Würdigung. Wenn das Problem Euro-Wert angesprochen wurde, dann immer nur unter dem Aspekt, dass die Deutschen sich jetzt mit ihren Exporten noch leichter taten, weshalb der Euro für die deutsche Wirtschaft von erheblichem Vorteil sei. Auf diese hanebüchenen dümmlichen Argumentation werden wir noch genauer eingehen.

Das Euro-System hatte von Anfang an viele gravierende Konstruktionsfehler. Seine Macher hatten geglaubt, mit einem Stabilitätspakt eine gemeinsame Währung für eine beliebig erweiterbare Staatengemeinschaft schaffen zu können. Doch der Pakt richtete sich allein gegen die Haushalts-Defizit-Sünder und konnte trotzdem (nicht einmal in den Zeiten der guten Konjunktur) nicht erreichen, dass die seit jeher zu strukturellen Haushalts-Defiziten neigenden Staaten ihre Staatsschulden entscheidend einschränkten. Als dann die große Krise kam und alle Staaten gezwungen waren, mittels schuldfinanzierter

Staatsausgabensteigerungen den großen „Wirtschaftskollaps“ zu verhindern, erwies sich die verordnete Begrenzung der Nettoverschuldung auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ohnehin als wertlose Makulatur.

Noch entscheidender als dieses Versagen des vielgepriesenen Stabilitätspaktes (Theo Waigel) war allerdings die Tatsache, dass man in der Euro-Union die **zweite Kategorie von Defiziten: die Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizite überhaupt nicht bedacht hatte**. Im Gegenteil, die EU-Konstrukteure hatten sogar das Entstehen und Vergrößern dieser Defizite selbst und mit Nachdruck gefördert: Zum einen **mit den Subventionszahlungen der Netto-Zahlungsländer** an die Netto - Empfängerländer und zum anderen mit der Errichtung des innereuropäischen **grenzenlos freien Kapitalverkehrs im sogenannten Binnenmarkt**. Mit beiden Maßnahmen schufen sie selbst die Voraussetzungen, dass die europäischen Handelsbilanz-Defizitländer für längere Zeit über ihre Verhältnisse leben und Schulden ansammeln konnten, für die jetzt die Euro-Partner gerade stehen müssen! Mit Nettozahlungen aus Steuergeldern – und Deutschland ist der mit Abstand größte Nettozahler – und den Bankkrediten, bei denen auch die deutschen Banken die größte Rolle spielten, haben diese Defizitländer eine Scheinblüte der Wirtschaft erzeugt, die jetzt erfriert. Jetzt müssen die Bürger der Nettozahlungs-Länder ihren bisherigen Zahlungen noch weitere Steuergelder hinterher werfen, um auch noch die Schulden zu bezahlen, die man in den Nettoempfänger-Ländern mit diesen „EU-Subventionen“ gemacht hat, um das System und den Euro zu retten! Auf diese Art wird der Euro – insbesondere für uns Deutsche – so teuer, dass auch wir ihn nicht mehr werden bezahlen können.

Die Macher der Euro-Union und ihre „hochkarätigen ökonomischen Berater“ scheinen bis heute noch nicht begriffen zu haben, dass sie selbst es waren, die „die Axt an ihr eigenes Werk – den Euro – gelegt“ haben. Noch heute glauben sie, mit einer automatisierten Bestrafung von Haushaltsdefizitsündern die Euro-Währung auf sichere Füße stellen zu können, weil das politische Aufsichtspersonal (EU-Kommission und die im Rat der Europäischen Union vertretenen Regierungen) bei der Überwachung versagt hatte. Doch nicht einmal darauf konnten sich die – auf mittlerweile 28 angestiegene Zahl – der Euro-Länder einigen. Und es wäre ohnehin nur ein Nebenkriegsschauplatz, denn der Euro und die dahinter stehende Hoffnung, die Produktivitäten und die Wettbewerbsfähigkeiten der grundverschiedenen Volkswirtschaften und ihrer Menschen würden sich angleichen, wenn Deutschland das Ganze überwiegend finanziert, war ein großer Fehler. Im Gegenteil, diese Art der Subventionierung war die Ursache der Krise, in der die EU und der Euro jetzt stecken.

Dieser Aufsatz: „Hochtief: Unternehmungsaufkäufe in Deutschland und ihre Hintergründe“ wird in den nächsten Tagen auf dieser Weltnetzseite, mit der die Analyse der volkswirtschaftlichen Vorbedingungen Teil 2 fortgesetzt.

www.hpatzak.de

06.12.2010